Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliche Redaktion Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Tel.-Adr.: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 85.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.90 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.60 Mk., monatlich 4.20 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.96 Mk., monatlich 4.32 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 75 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 250 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 132 — Freitag, den 11. Juni 1920. — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Reichspräsident hat für nächsten Dienstag die Führer der großen Parteien zu Besprechungen gebeten. Den Besprechungen wird der jetzige Kanzler Müller beiwohnen.

*

Von zuständiger Seite wird bestätigt, daß die deutsche Regierung um eine unbefristete Verlängerung der Annahmefrist für den Schleswig-Vertrag nachgesucht hat und ihre Stellungnahme durch Gegenvorschläge zum Ausdruck bringen wird.

*

Die polnische Regierung hat ihren Rücktritt eingereicht. Der Staatschef hat ihn angenommen und die Regierung gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Das Parlament ohne Mehrheit.

Eine Verbreiterung der Koalition nach rechts?

Die politische Lage ist ihrer Klärung noch um keinen Schritt näher gekommen. Der Meinungsstreit in der Presse geht namentlich um die Frage, ob eine Verbreiterung der Koalition nach rechts möglich, wünschenswert und von Bestand sein wird. In der Germania erklärt Abg. Andre, der Erzberger persönlich und politisch nahe steht, eine Erweiterung der Regierungsbasis durch den Beitritt der Deutschen Volkspartei für erwünscht und notwendig. Eine rein bürgerliche Regierung sei ebensowenig möglich wie die Hereinnahme der Unabhängigen. Reichspostminister Giesberts erörtert an der gleichen Stelle den Plan, im Herbst Neuwahlen vorzunehmen und bis dahin der gegenwärtigen Koalitionsregierung die Führung der Regierungsgeschäfte zu überlassen. Die offizielle Sozialdemokratie steht noch immer der Erweiterung der Koalition nach rechts durchaus ablehnend gegenüber. In den sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin hatte Erwin Barth jedoch ausgeführt, wenn die Unabhängigen auf ihrem regierenden Standpunkte verharrten, so bleibe, wenn man nicht der Reaktion in den Sattel helfen wolle, nichts übrig, als von den zwei Uebeln das kleinere zu wählen und die Koalition nach rechts zu verbreitern. In der Sozialdemokratie bestehe eine recht geringe Neigung, mit der Partei Stresemann zusammenzugehen. Man müsse aber baldigst aus dem Dilemma heraus und eine Regierung bilden, um die allgemeine Auflösung zu vermeiden. Schließlich würde das Volk wegen des relativ besseren Weges die Wahl des kleineren Uebels verstehen und würdigen. Die Sozialdemokratische Partei Badens hat nach eingehender Erörterung der Lage eine solche Erweiterung der Koalition nach rechts für undenkbar erklärt. Eine regierungsfähige Mehrheit sei nur zu erreichen durch den Hinzutritt der Unabhängigen zu der bisherigen Koalitionsmehrheit. Das Scheitern einer solchen Mehrheitsbildung würde der Sozialdemokratischen Partei das Verbleiben in der Reichsregierung unmöglich machen.

Die ablehnende Haltung der Demokraten.

Zur Beteiligung der Rechtsparteien an der Regierung unter gewissen Zugeständnissen an die Rechte und ferner der Unabhängigen steht die demokratische Fraktion, wie verlautet, auf dem Standpunkt, daß die Unabhängigen sowie die beiden Rechtsparteien sich erst einmal klipp und klar darüber äußern müßten, ob sie nun auch praktisch die Politik durchzuführen bereit sind, die sie ihren Wählern versprochen haben, und daß sie deutlich und ohne Vorbehalte erklären müssen, wie sie sich die Durchführung dieser Politik denken. Vor aller Oeffentlichkeit müsse diese Befragung der Siegerparteien sowie auch die Beantwortung der Fragen vor sich gehen, damit das ganze Volk deutlich die Verwicklung und Verwirrung erkenne, die durch den Ausfall der Wahlen entstanden ist. Die Demokratie habe keinen Anlaß, vorher aus der Zurückhaltung herauszugehen, die ihr die Verminderung ihrer Stärke durch das Votum der Wähler auferlegt hat.

Das Verhalten der Mehrheitssozialisten.

Die N. B. Z. gibt Aeußerungen eines früheren Mitgliedes der Mehrheitssozialdemokratie, des früheren preußischen Ministerpräsidenten Paul Hirsch, wieder, der sich in scharfer Weise gegen ein Zusammengehen seiner Partei mit der Stresemanngruppe ausspricht. Hirsch sagt, er könne sich nicht denken, daß Sozialdemokraten mit Leuten in einer Regierung sitzen werden, die sich noch vor wenig Monaten offen für Kapp und seine Anhänger ausgesprochen haben. Danach darf, so schließt die N. B. Z., der Plan einer Verbreiterung der bisherigen Regierungsmehrheit für endgültig gescheitert gelten.

Die ablehnende Haltung der Unabhängigen.

Der Hannoversche Kurier meldet aus Berlin, daß der Zentralvorstand der unabhängigen sozialistischen Partei bereits die Haltung der Fraktion einstimmig gebilligt hat, einen Ministerposten in dem neuen Reichskabinett nicht zu übernehmen.

Die Gewerkschaften und die Regierungsbildung.

Der Vorstand der Zentralkommission der Gewerkschaften hielt gestern eine Sitzung ab, in der er sich mit der politischen Lage befaßte. Man beschloß, von einer Stellungnahme abzusehen, solange nicht die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages sich über die Situation geäußert habe. Wie die N. B. Z. aus Kreisen der Gewerkschaftskommission hört, sollen die Führer ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei nicht bloß grundsätzlich ablehnen, sondern auch die Auffassung geäußert haben, daß die Deutsche Volkspartei ihrerseits nicht so weitgehende Konzessionen an das sozialdemokratische Programm machen könnte, ohne ihre Wähler vor den Kopf zu stoßen, wie dies für ein ersprießliches Zusammenarbeiten im Kabinett notwendig wäre.

Ein Vorschlag der bayrischen Volkspartei.

Der Bayrische Kurier, das führende Blatt der Bayrischen Volkspartei, schlägt eine Koalition aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum mit Einschluß der Bayrischen Volkspartei also der Föderalisten, vor. Das ergäbe eine Mehrheit von 243 Stimmen und sei zahlenmäßig die stärkste aller Kombinationen. Die Deutsche Volkspartei müsse sich wieder zur wohlwollenden Neutralität, wenn nicht zu gelegentlicher Unterstützung verpflichten. Das erscheine als die einzig denkbare äußerste Möglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung. Die Bayrische Volkspartei werde so das Zünglein an der Wage sein. Der Vorsitzende der Bayrischen Volkspartei, Landesfinanzamtspräsident Speck, erklärte in einer Versammlung in Ansbach: Wenn Erzberger wieder in das Zentrum eintritt, dann ist an ein Zusammengehen mit diesem auf absehbare Zeit nicht zu denken. Gemeint ist die Fraktionsgemeinschaft zwischen Bayrischer Volkspartei und Zentrum.

Italiens kritische Lage in Albanien.

Aus Rom wird gemeldet: Die Lage der italienischen Truppen in Albanien flößt in Regierungskreisen lebhafte Besorgnis ein. Der ministerielle Ausschuß hat in Anwesenheit des Generalstabes und des Admiralstabes einen Kriegsrat abgehalten, der sich hauptsächlich mit der Verteidigung von Valona befaßte. Wie aus Tarent gemeldet wird, soll der Dampfer Pietro Calvi mit Truppen und Munition für Albanien vom Seeleuteverband von Tarent zurückgehalten worden sein, da die Sozialisten sich gegen alle Feindseligkeiten erklärt haben. Wie die Turiner Stampa von Reisenden aus Brindisi erfährt, verschlimmert sich die Lage der italienischen Garnison in Albanien fortwährend. Die albanischen Rebellen haben die italienischen Truppen in der Umgebung von Valona angegriffen und halten das Gebirge besetzt. Italien dürfte Valona verlieren, falls es nicht sofort tatkräftig eingreift. Die aus dem Gebirge hervorgebrochenen Rebellen haben sich Vetrovas bemächtigt, das vier Kilometer von Valona entfernt liegt. Sie besetzten außerdem Selimit und die dort befindlichen Pechgruben. Das Kommando der italienischen Besatzung von Valona hat sich vollständig überrumpeln lassen. Das Vorgehen der Albanier soll unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß die Anwendung des Londoner Vertrages für sie den Verlust von Valona befürchten läßt. Die italienische Regierung hat Kriegsschiffe nach Valona entsandt, wo bereits ein Torpedoboot auf die Rebellen feuert. Die Italiener haben einige Versprengte als Gefangene in der Hand der Albanier lassen müssen. Außerdem hatten sie Verluste an Toten.

*

Zu den innerpolitischen Schwierigkeiten Italiens kommen seit einigen Tagen auch noch bedenkliche außenpolitische Verwicklungen. Wir wiesen kürzlich schon auf die Widerstände hin, die die italienisch Kolonialpolitik in Tripolis zu überwinden hat. Noch ist dort keine Klärung der Lage erfolgt, und schon ziehen sich neue Wolken am albanischen Horizont zusammen. Die ersten Sturmzeichen des albanischen Aufstandes machten sich in den ersten Junitagen bemerkbar. Nationalisten, denen die von Italien protegierte Regierung in Tirana ein Dorn im Auge ist, haben das Feuer geschürt und sind alsbald von Worten zu Taten geschritten. Ihr Ziel ist, die albanische Nationalversammlung in Tirana zu stürzen.

Englands Pläne in Aland.

Die Lage in Aland wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß die ländische Bevölkerung sich nicht an die finnische, sondern an die schwedische Regierung gewandt hat, um die Freilassung der wegen Hochverrat verhafteten Mitbürger zu erreichen. Schweden soll auf diplomatischem Wege die erforderlichen Schritte tun, um den Verhafteten und damit den Ländern zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Bevölkerung begründet ihren Anspruch auf Selbstbestimmung damit, daß sie während der Zeit der Russenherrschaft selbstverständlich nichts zur Befreiung der Inselgruppe unternehmen konnte, aber nach dem Zusammenbruch Rußlands auf ihrem Recht, selbst wieder ihr Schicksal zu bestimmen, bestehen müsse.

Sehr interessant dürfte es sein, festzustellen, welche Rolle England bei der jetzt eingetretenen Verschärfung der Alandfrage gespielt hat. Ganz offenkundig gehen die englischen Interessen darauf hinaus, die Alands-Inseln zu neutralisieren, um nach dem Muster zahlloser früherer Beispiele unter dem Schein der Internationalisierung einen britischen Stützpunkt zu errichten, der den Schlußpunkt in der Beherrschung der Ostsee bilden würde. Das Protektorat über die Aland-Inseln würde England die Beherrschung des Botnischen Meerbusens ebenso sichern wie die Kontrolle über die Finnische Bucht. Es ist auf jeden Fall recht auffallend und unvorsichtig, wenn Reuter bereits heute mit der Behauptung hervortritt, daß die Angliederung der Alands-Inseln an Schweden eine direkte Bedrohung und eine ständige Gefahr für Finnland darstellen würde; denn bei allen bisher gelösten Fragen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker sei immer nur die nationale Zugehörigkeit und die politische Ueberzeugung der Bevölkerung maßgebend gewesen, nicht aber die geographische Lage. Bisher hat sich Schweden auch immer auf den Standpunkt gestellt, daß die ländische Streitfrage am besten durch Internationalisierung der Inselgruppe gelöst werden würde. Wenn aber die Mehrheit der Bevölkerung — und es handelt sich nach den angegebenen Zahlen um 90 v. H. — sich für den Anschluß an Schweden entscheidet, so scheint keine Möglichkeit gegeben zu sein, an diesem Ausdruck der wirklichen Meinung vorüberzugehen.

Die Kirchensteuer in der Volkskammer.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde in der gestrigen Sitzung der Sächsischen Volkskammer die Schlußberatung des von der Regierung abgeänderten

Entwurfs über das religiöse Erziehungsrecht

vorgenommen. Abg. Wilde (Soz.): Die neue Verfassung des Gesetzentwurfs entspricht der Reichsverfassung. Abg. Dr. Barge (Dem.) macht auf einige Versehen in der Fassung der Vorlage aufmerksam. Im Interesse der Kirche selbst sei es geboten, daß sie die bisherigen Brücken und Stützen, die sie mit dem Staat verbinden, bräche und sich auf sich selbst stelle. Das Erziehungsrecht der Eltern sei durch das Gesetz voll gewährleistet und gewahrt. Abg. Rendtorf (Dtschnat. Vp.): Die geänderte Form der Vorlage sei für seine Fraktion im großen und ganzen annehmbar. Abg. Müller-Leipzig (Unabh.) erklärt, daß seine Fraktion die Paragraphen 2 und 3 Absatz 2, die die Erziehungsrechte in den gemischten Ehen betreffen, ablehnen. Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird der Gesetzentwurf und die eingegangenen Anträge mit Mehrheit angenommen.

Bei Punkt 2, Vorläufige Regelung der

Einkommensteuer der öffentlich-rechtlichen religiösen Gemeinschaften

für das Rechnungsjahr 1920 weist Abg. Anders (Dtsch. Vp.) auf die durch die Erzbergersche Oberflächlichkeit hervorgerufene Unsicherheit im Steuerwesen hin. Man müsse infolgedessen jetzt zu vorläufigen Regelungen schreiten. Redner befürwortet sofortige Schlußberatung, da die Notlage dringend sei. Abg. Dr. Rendtorf (Dtschnat. Vp.) erklärt namens seiner politischen Freunde das Einverständnis mit der Vorlage. Abg. Fellisch (Soz.) polemisiert gegen die Rechtsparteien. Die Notlage der Kirchengemeinden sei noch lange nicht so dringend wie manches andere. Die Verabschiedung sei also nicht so eilig. Auf Zuruf des Abg. Anders (Dtsch. Vp.) Reichsverfassung! erwidert der Redner, die Zustimmung zu den entsprechenden Bestimmungen der Reichsverfassung habe das Zentrum von der Sozialdemokratie erzwungen. Abg. Koch (Dem.) stellt fest, daß sich der Staat lediglich nach der Reichsverfassung zu richten habe. Im übrigen sollen durch die Gesetze Mittel des Staates überhaupt nicht in Anspruch genommen werden. — Abg. Nyssel (Unabh.): Wir lehnen das Gesetz rundweg ab. — Abg. Rendtorf (Dtschnat. Vp.): Die Vorredner hätten sich nicht an den Boden der nüchternen Tatsachen gehalten. Es handele sich bei diesem Gesetz lediglich darum, ob die Kirchengemeinden ihr gesetzliches Recht ausführen dürfen, von ihren Angehörigen Steuern zu erheben oder nicht. Die vorgebrachten Einwände seien zum Teil an den Haaren herbeigezogen. Die gegenwärtige Rechtslage mache es den Gemeinden unmöglich, ihre Steuern zu erheben. Mittel des Staates würden durch die Vorlage garnicht in Anspruch genommen. Abg. Dr. Wagner (Dtschnat. Vp.) tritt dem Versuch des Abg. Fellisch entgegen, den Angehörigen der Rechtspartei die Berufung auf die Reichsverfassung zu verwahren. Der sozialdemokratische Minister Dr. Dehne hat jeder Partei das Recht zugesprochen, die Verfassung mit den Mitteln und Wegen, die sie selbst bietet, zu ändern. Auf einen Zuruf des Abg. Nyssel: Mit Kanonen und Maschinengewehren, antwortet der Redner: Nein, Herr Abgeordneter Nyssel, das überlassen wir Ihnen. Sie werden wahrscheinlich auch wissen, wo die Maschinengewehre stecken, die bis jetzt nicht abgegeben worden sind. — Damit war die Aussprache geschlossen. Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. Juni, mittag 1 Uhr.

Kleine politische Notizen.

Die Herabminderung der Reichswehr auf 200 000 Mann durchgeführt. Wir erfahren an zuständiger Stelle: Vom 10. Juni ab liegen in der 50-Kilometer-Zone, wie von der Entente bestimmt, nur noch zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie. Diese Verbände bilden